Resolution 1

Anerkennung der Urheberrechte von Journalistinnen und Journalisten durch Google und ähnliche Plattformen

Die im**press**um- **Delegierten fordern die gesetzliche Anerkennung der Urheberrechte von Journalistinnen und Journalisten gegenüber Google und anderen Internet-Plattformen**

Es wird viel über die verwandten Schutzrechte von Verlegerinnen und Verlegern gesprochen, aber das ist ein falscher Ansatz: Man muss zunächst von den Rechten der Urheberinnen und Urhebern ausgehen, nämlich von den Rechten der Journalistinnen und Journalisten an den Inhalten, die Plattformen wie Google über das Internet verbreiten. Aus der Anerkennung dieser Rechte können sich die Rechte der Verlegerinnen und Verleger ableiten, nicht umgekehrt. Verwandte Schutzrechte zu entschädigen, ohne zuerst die Urheberrechte zu entschädigen, ist ein systematischer Fehler, der das Urheberrecht seiner ursprünglichen Bedeutung entleert. Aus diesem Grund fordern die Delegierten von im**press**um die Anerkennung von Urheberrechten für Journalistinnen und Journalisten im Sinne eines Rechts auf Vergütung. Der Bundesrat hat im Dezember 2021 einen Bericht vorgelegt, der mit positiven Schlussfolgerungen endet: Die Rechte der Verlegerinnen und Verleger sollen anerkannt werden, wobei Journalistinnen und Journalisten auch einen Teil dieser Einnahmen erhalten sollen.

Sowohl Journalistinnen und Journalisten als auch Verlegerinnen und Verleger sind auf solche Einkünfte angewiesen. Freischaffende Journalistinnen und Journalisten werden prekarisiert; angestellte Journalistinnen und Journalisten stehen unter Druck. 80% der Werbeeinnahmen, die früher den Verlegerinnen und Verlegern zugeflossen sind, werden nun von Plattformen wie Google abgesaugt. Dieses Geld wurde unter anderem dazu verwendet, Journalistinnen und Journalisten zu bezahlen. Nun kommt es zu einer Vielzahl von Umstrukturierungen. Immer mehr Journalistinnen und Journalisten werden aus dem Markt gedrängt. All' dies geht auf Kosten des Qualitätsjournalismus und der journalistischen Vielfalt.

Google bezieht seinen Millionenumsatz hauptsächlich aus dem Journalismus, den es bislang nicht abgelten muss. Google und andere Plattformen müssen verpflichtet werden, Journalistinnen und Journalisten für die verwendeten Inhalte zu entschädigen. Es handelt sich bei dieser Forderung um einen Kerngedanken des Urheberrechts, welcher im Internet jedoch mit Füssen getreten wird. Wir müssen daher dem Urheberrecht Nachachtung verschaffen und auch die Internet-Giganten in die Pflicht nehmen.

im**press**um würde die Anerkennung eines kollektiven Rechts begrüssen, das beispielsweise von einer Verwertungsgesellschaft für Urheberrechte wie der Pro Litteris verwaltet wird. Diese Gesellschaft hat langjährige Erfahrung mit der kollektiven Verwaltung von Texten und Schriften. Verlegerinnen und Verleger sowie Journalistinnen und Journalisten sind im Ausschuss dieser Verwertungsgesellschaft vertreten.

im**press**um würde es im Weiteren begrüssen, vom Institut für geistiges Eigentum schon vor der offiziellen Vernehmlassung konsultiert zu werden und steht den Fachpersonen des Instituts diesbezüglich zur Verfügung.

Diese Resolution wurde von den Delegierten an der Delegiertenversammlung in Fribourg am 10. Juni 2022 einstimmig angenommen.

Rue Fries 2, Case postale 1701 Fribourg
Tél. ++41+26 347 15 00 Fax ++41+26 347 15 09
www.impressum.ch info@impressum.ch

Resolution 2

Der Presse-Gesamtarbeitsvertrag in der Romandie (CCT) wird 60 Jahre alt

Der Gesamtarbeitsvertrag für die Printmedien in der Westschweiz (CCT) ist 60 Jahre alt. Er wurde 1962 zum ersten Mal abgeschlossen.

Obwohl er schon gekündigt wurde, gab es in der Westschweiz nie eine Zeit ohne CCT. Die in Médias Suisses zusammengeschlossenen Verlegerinnen und Verleger sowie diejenigen Journalistinnen und Journalisten, die bei im**press**um Mitglied sind, halten an der CCT und der Sozialpartnerschaft fest. im**press**um ist zufrieden, dass La Côte Teil des GAV wird, und fordert, dass die folgenden Titel und Gruppen dies ebenfalls tun: Le Temps, Heidi News, Watson.ch, L'Agefi, die Ringier-Gruppe, Riviera Chablais und die Bayard-Gruppe (ehemals Gassmann-Gruppe). im**press**um fordert auch, dass die Sozialpartnerschaft mit den in Médias Suisses zusammengeschlossenen Verlegerinnen und Verlegern gestärkt wird, insbesondere durch die Reaktivierung der paritätischen Kommission und die gemeinsame Bearbeitung von Dossiers von gemeinsamem Interesse, wie z.B. die Medienförderung.

im**press**um - die Schweizer Journalistinnen und Journalisten, ist der exklusive Sozialpartner von Médias Suisses. Die CCT für die Printmedien in der Westschweiz sieht ein Einstiegsgehalt für Journalistinnen und Journalisten mit BR und eine Mindestlohntabelle für freischaffende Journalistinnen und Journalisten sowie für Praktikantinnen und Praktikanten vor. Andererseits enthält sie eine ganze Reihe von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Vergleich zum Obligationenrecht (Beispiele: bessere Bedingungen für den Mutterschaftsurlaub; für die Kündigungsfrist bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses; für die Bezahlung bei Krankheit und Unfällen; Urheberrecht für angestellte und freie Journalistinnen und Journalisten; Gesundheit am Arbeitsplatz usw.). Ausserdem sieht der Vertrag eine paritätische Kommission, eine Schlichtungsbehörde und ein Schiedsgericht vor. Dieser Vertragstext ist 60 Jahre alt und verdient es, als sozialpartnerschaftliche Errungenschaft gewürdigt zu werden.

Die Delegierten sind der Meinung, dass dieser Vertrag das Arbeitsklima verbessert und den Parteien – Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden – einen konstruktiveren Rahmen für die Arbeitsbeziehungen sichert.

im**press**um ist zufrieden, dass La Côte, eine Waadtländer Zeitung, die zur ESH-Gruppe gehört, 2023 in den GAV eintreten wird. Die Delegierten fordern die Verlegerinnen und Verleger auf, dass Le Temps, Heidi News, Watson.ch, L'Agefi, die Ringier-Gruppe, Riviera Chablais und die Bayard-Gruppe (ehemals Gassmann) Vertragspartner dieser CCT werden bzw. wieder werden.

im**press**um fordert von Schweizer Medien auch eine Stärkung der Sozialpartnerschaft, insbesondere durch die Reaktivierung der paritätischen Kommission und die gemeinsame Bearbeitung von Dossiers von gemeinsamem Interesse, wie z.B. die Medienförderung.

Diese Resolution wurde von den Delegierten an der Delegiertenversammlung in Fribourg am 10. Juni 2022 einstimmig angenommen.

Rue Fries 2, Case postale 1701 Fribourg
Tél. ++41+26 347 15 00 Fax ++41+26 347 15 09
www.impressum.ch info@impressum.ch

Resolution 3

50 Jahre Journalist·innen-Kodex

Dieses Jahr feiert im**press**um das 50-Jahre Jubiläum der *Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten*. Am 17. Juni 1972 hat dieselbe Versammlung, die auch heute stattfindet, den sogenannten *Kodex* mit elf Pflichten und sieben Rechten angenommen. Die heute anwesenden Delegierten sind nicht dieselben Menschen wie vor 50 Jahren, doch die Werte, für die sie einstehen, haben Bestand. Auch heute stehen Journalistinnen und Journalisten für die Freiheit der Information ein und bekennen sich zur wahrheitsgetreuen Berichterstattung, zur Fairness sowie zur Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit der Medienschaffenden. Der Berufsstand hat sich 1972 einen eigenen *Kodex* gegeben, der seither gleichgeblieben ist und noch genauso aktuell ist wie vor 50 Jahren.

Fünf Jahre nach der Verabschiedung des *Kodex* hat im**press**um den Presserat gegründet. Wie die steigende Anzahl an Beschwerden beim Presserat zeigt, haben dieses Organ sowie der *Kodex* kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Während man in den Anfängen des Presserats seine Stellungnahmen noch an einer Hand abzählen konnte, hat er im Jahr 2011 bereits 87 Beschwerden bearbeitet und im vergangenen Jahr gar 197 Stück. Er hat den kurz gehaltenen *Kodex* durch ausführende Richtlinien ergänzt, die seine Spruchpraxis wiedergeben. Das Interesse der Öffentlichkeit an den Stellungnahmen des Presserates ist gestiegen und er hat sich zu einer breit akzeptierten Beschwerdeinstanz gemausert.

Die Arbeit des Presserates wird heute durch die Trägerverbände im**press**um, SSM, syndicom, Verein «Konferenz der Chefredaktoren», Verband Schweizer Medien und die SRG finanziert. Für die gebeutelte Medienbranche wird es jedoch je länger je schwieriger, die steigende Anzahl an Beschwerden zu stemmen. im**press**um ist der Meinung, dass die Journalistinnen und Journalisten sowie der Presserat eine öffentliche Funktion erfüllen, weshalb sich die Öffentlichkeit auch finanziell an der Arbeit des Presserates beteiligen muss. Nachdem das Medienpaket abgelehnt wurde und letzte Woche der Nationalrat auch die unumstrittenen Massnahmen des Paketes abgelehnt hat, sorgt sich im**press**um um die Pflege der journalistischen Ethik. Der Berufsverband ruft Bund und Parlament zur Stärkung des Presserates auf. Das Organ erfüllt mit der Überprüfung der medienethischen Grundsätze eine essenzielle Funktion in unserer Demokratie und muss durch die Öffentlichkeit unterstützt werden.

Der Presserat selber wird am nächsten Mittwoch, 15. Juni 2022 eine Pressekonferenz zum 50-Jahre Jubiläum des *Kodex* abhalten.

Diese Resolution wurde von den Delegierten an der Delegiertenversammlung in Fribourg am 10. Juni 2022 einstimmig angenommen.

Rue Fries 2, Case postale 1701 Fribourg
Tél. ++41+26 347 15 00 Fax ++41+26 347 15 09
www.impressum.ch info@impressum.ch

Resolution 4

Appell an Bundesrat und Parlament: im**press**um **fordert Stärkung der Pressefreiheit und Einsatz für den unabhängigen Journalismus**

Die Schweiz ist dieses Jahr auf der Weltrangliste der Pressefreiheit vier Plätze nach unten gerutscht. Sie belegt nun Platz 14 auf der Liste. Die Gründe, die dazu führten, sind zahlreich: Das Parlament hat beschlossen, die vorsorglichen Massnahmen gegen die Medien zu verschärfen. Im Februar konnten die Schweizer Medien nicht an der Aktion *Suisse Secrets* teilnehmen, als weltweit zahlreiche Medien Informationen zum Schweizer Finanzplatz veröffentlichten. Hierzulande fürchteten die Journalistinnen und Journalisten, dass ihnen eine Gefängnisstrafe droht, wenn sie das Bankgeheimnis verletzen. Zudem gibt es auch immer mehr Berichte über SLAPPs. Mit solchen Schauprozessen wird versucht, die Presse mundtot zu machen. So hat zum Beispiel die Stadtverwaltung von Versoix wegen eines einzigen Artikels neun Gerichtsverfahren gegen das Satiremagazin Vigousse eingeleitet. Des Weiteren lehnte der Nationalrat vor Kurzem eine parlamentarische Initiative ab, welche jene Elemente des Medien-Massnahmenpaketes retten wollte, die damals unbestritten waren. Mit dieser Initiative hätten zum Beispiel die Journalistenschulen oder der Schweizer Presserat Unterstützung erhalten.

im**press**um ist über diese Entwicklungen besorgt. Sie gefährden die Pressefreiheit. Deshalb fordern die Delegierten von im**press**um den Bundesrat und das Parlament einstimmig dazu auf, diesem negativen Trend ein Ende zu breiten. Sie sollen die Pressefreiheit stärken und den unabhängigen Journalismus unterstützen. Aktuell werden im Bundesparlament zwei parlamentarische Initiative diskutiert: Die Initiative vom 18. März 2022 stärkt die Pressefreiheit auch dann, wenn das Steuergeheimnis auf dem Spiel steht. Die Initiative vom 11. Mai 2022 will den SLAPPs einen Riegel vorschieben. Diese zwei Initiativen müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Zuletzt fordern die Delegierten von im**press**um, dass Bundesrat und Parlament einen gesetzlichen Rahmen für die Medienförderung finden.

Diese Resolution wurde von den Delegierten an der Delegiertenversammlung in Fribourg am 10. Juni 2022 einstimmig angenommen.

Rue Fries 2, Case postale 1701 Fribourg
Tél. ++41+26 347 15 00 Fax ++41+26 347 15 09
www.impressum.ch info@impressum.ch